

Diskussionspapier und Forderungsprogramm der Linksfraktion Eimsbüttel zum Sozialwohnungs-Bauprogramm für Flüchtlinge ("schnelles Bauen")

Wachsende Stadt – nicht Gentrifizierungsmekka, sondern Einwanderungsstadt

In Hamburg werden bis Ende des Jahres ca. **80.000 Menschen** zugezogen sein, die vor Krieg, Terror und Unterdrückung geflohen sind. Auf Eimsbüttel entfallen davon ca. **7.800**. Gegenwärtig (Anfang Januar 2016) bieten die Eimsbütteler Einrichtungen Platz für **3.565** Menschen. Die Flüchtlinge, die meisten von ihnen sind Familien mit Kindern, müssen menschenwürdig untergebracht und schnellstmöglich mit Wohnraum versorgt werden. Ihr Bleiberecht muss gewährleistet und alle Maßnahmen der sozialen und kulturellen Integration müssen sofort in Angriff genommen werden. Jetzt haben auch SPD und Grüne reagiert und in ihrem Bürgerschafts-Antrag fünf Schwerpunkte formuliert:

- ▣ Stärkung der Bezirke
- ▣ 1 Million Euro zusätzliche Mittel aus dem Quartiersfonds für jeden Bezirk
- ▣ Bedarfsgerechter Ausbau bei Kitas, Schulen sowie Offener Kinder- und Jugendarbeit
- ▣ Quartiersmanager und Quartiersbeiräte installieren
- ▣ Bürgerbeteiligung über das "Wie" verstärken

(Drucksache 21/2308 Antrag SPD/Grüne)

Wir halten diese Schwerpunkte zwar für richtig, aber längst nicht ausreichend, zumal die 1 Million Euro für den Eimsbütteler Quartiersfond lächerlich niedrig ausfällt. Auch hier: Nur "Brotkrumen fürs Soziale"! Es bedarf einer deutlichen Erhöhung, das wird an späterer Stelle noch ausführlich begründet. Auffällig ist, dass die unter Senator Scheele gegen den Protest der Betroffenen und der LINKEN zusammengestrichenen Maßnahmen aus dem **RISE-Programm und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wieder aufgenommen** werden sollen. Die "wachsende Stadt" wird jetzt Wirklichkeit, und zwar nicht als Gentrifizierungsmekka für wenige Großverdiener, sondern als Einwanderungsstadt mit all der ethnischen und kulturellen Vielfalt, die wir aus anderen Metropolen kennen. Die Hebel müssen spätestens jetzt umgelegt werden: An die Stelle einer "Aufwertung" der Stadtteile mit entsprechenden Verdrängungseffekten muss eine soziale Gestaltung und Entwicklung treten. Aus überbelegtem Wohnraum muss bezahlbarer Wohnraum werden. Kurzum: Hamburg braucht eine soziale Stadt- und Quartiersentwicklung, und der Zuzug vieler Menschen macht es nicht nur erforderlich, sondern bietet auch die Chance, aus Hamburg eine sozialere und demokratischere Stadt zu machen.

Zur **Schaffung bezahlbaren Wohnraums für alle EimsbüttelerInnen** hat die Linksfraktion Eimsbüttel eine Reihe von Initiativen ergriffen und Anträge geschrieben, um den **Bau von Sozialwohnungen und bezahlbaren Wohnungen** zu verstärken:

- ▣ Verpflichtung der Investoren zum Bau von Sozialwohnungen im ersten Förderweg, barrierefrei und von angemessener Größe
- ▣ Vergabe von Liegenschaftsflächen ausschließlich für den ersten Förderweg im sozialen Wohnungsbau

- ▣ vernünftige personelle Ausstattung des Bezirksamts, um Mietwucher und Leerstand in Eimsbüttel entgegenzuwirken und die Einhaltung von Vorgaben im Sozialwohnungsbau kontrollieren zu können
- ▣ personelle Aufstockung der Bauprüfungsabteilung zur wirksamen Kontrolle der Bauauflagen
- ▣ keine Bebauung von Grünflächen
- ▣ Ausweitung der Sozialen Erhaltungsverordnung auf ganz Eimsbüttel. Für die erforderliche personelle Ausstattung der Durchführung und Kontrolle der sozialen Erhaltungsverordnung ist die personelle Besetzung des Bezirksamts zu erhöhen
- ▣ ausreichender Bau von kleinen und bezahlbaren Wohnungen und Umwidmung von Büros in Wohnraum
- ▣ Schaffung von mehr autofreien Flächen

(Feuer und Flamme für ein soziales Eimsbüttel, Bericht zu den sozial- und flüchtlingspolitischen Aktivitäten der Eimsbütteler Linksfraktion.

Link: http://www.linksfraktion-eimsbuettel.de/in_der_bezirksversammlung/pool/details/zurueck/themen-3/artikel/feuer-und-flamme-fuer-ein-soziales-eimsbuettel/)

Trotz bestehender rechtlicher Möglichkeiten hat die Eimsbütteler Bezirksverwaltung es bisher versäumt, Büro- und Wohnungsleerstand ernsthaft und systematisch zu ermitteln und für Flüchtlingsunterbringung zu nutzen; der katastrophale Personalmangel lässt dafür ganz offensichtlich keinen Spielraum.

Ein ganz neuer Ansatz in der Wohnungsbaupolitik ist nötig

Die bisherige Wohnungsbaupolitik des Senats hat nicht, wie Olaf Scholz immer wieder fälschlich in die Welt setzt, zu preiswertem Wohnraum geführt. Spätestens die empirischen Ergebnisse der "Mietpreisbremse" und der vorliegende Mietenspiegel liefern den Beweis, dass die Scholz-Politik des "roten Teppichs" für die Investoren ("Vertrag für Hamburg") gescheitert ist. Nicht für die Bauherren, wohl aber für die Wohnungssuchenden. Es bedarf eines völlig neuen Ansatzes in der Hamburger Wohnungsbaupolitik, der den **Vorrang der Politik** vor den Renditezielen der Bauwirtschaft festschreibt: Nur der **kommunale Wohnungsbau**, vorbildlich praktiziert in der österreichischen Hauptstadt Wien, ist eine unter kapitalistischen Bedingungen praktikierbare Alternative zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums auch in den Kernbereichen der Stadt. Wir freuen uns, dass unsere Initiative einer **Ausstellung zum kommunalen Wohnungsbau in Wien** von der Baubehörde aufgegriffen wurde und im Hamburger Rathaus gezeigt werden soll. Auch ohne Olympia gilt: Die Verantwortlichkeit des Senats für eine soziale Wohnungsbaupolitik steht vor neuen Herausforderungen, die auf allen Ebenen der Hamburger Politik zu neuen und kreativen Lösungen führen können. Dabei versteht es sich von selbst, dass die Ausschaltung der Bezirkspolitik (Bauen nach Polizeirecht und Evokation von B-Planverfahren) in höchstem Maße kontraproduktiv und undemokratisch ist. Außerdem haben die verlorenen Verwaltungsgerichtsentscheidungen gezeigt, dass wir **stärker als je zuvor eine rechtzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung und die verantwortliche Beteiligung der Bezirkspolitik** brauchen, gerade dort, wo der Bau von Großwohnsiedlungen auf Bedingungen und Umgebungsfaktoren trifft, die kompliziert und schwierig sind. Der Senat hat hoffentlich daraus gelernt. Wohnungsbaupolitik als soziale Stadt- und Quartiersentwicklung kann nicht am Senats-Gängelband durchgeführt werden, sondern ist eine erstrangige Aufgabe der Stadtplanung und Bezirksentwicklung!

Dieser Aufgabe soll sich der nächste **Workshop der Bezirksentwicklungsplanung (BEP)** widmen, an dem wir mit ganzer Kraft Anteil nehmen werden.

Die Linksfraktion in Eimsbüttel hat in der Flüchtlingsunterbringung Akzente gesetzt

Die Fraktion der LINKEN in der Bezirksversammlung Eimsbüttel hat schon vor über zwei Jahren Anträge zur Willkommenskultur und zur humanen Unterbringung der Flüchtlinge vorgelegt und dabei konkrete Vorschläge zur dezentralen Wohnungsversorgung in den Stadtteilen Eimsbüttels gemacht ("Leverkusener Modell"). Erfreulicherweise konnten hierbei weitgehende Übereinstimmungen mit den Mehrheitsfraktionen SPD und Grüne erzielt werden, weshalb der **Bedarf an Wohnungen für Flüchtlinge im Eimsbütteler Wohnungsbauprogramm Berücksichtigung gefunden** hat. Leider hat diese seit über zwei Jahren bestehende Einsicht noch nicht dazu geführt, den Bau von Sozialwohnungen in den Stadtteilen zu beschleunigen und verstärkt dort Flüchtlinge unterzubringen. Allerdings hat damals noch niemand sagen können, vor welchen Herausforderungen wir in 2015 und 2016 stehen werden. Angesichts des riesigen Problemdrucks hat unsere Fraktion keine Front gegen die Einrichtung von ZEAs in Containern gemacht. Auch die vorübergehende Nutzung von Hallen (z.B. Praktiker/Hörgensweg und Papenreye) haben wir akzeptiert, um akute Obdachlosigkeit zu verhindern und von der Zeltunterbringung im herannahenden Winter wegzukommen. Wir waren als Fraktion in allen Eimsbütteler ZEAs, haben als ehrenamtliche HelferInnen mit eingegriffen und uns bemüht, die schlimmsten und unhaltbarsten Zustände zu überwinden (z.B. "Praktiker"-Hallen Hörgensweg). Wir haben dafür gesorgt, dass irakische Familien sich im Fraktionsbüro der LINKEN duschen und die nach Wochen der Flucht völlig verdreckte Wäsche waschen konnten.

Flüchtlingsunterbringung mit der "Perspektive Wohnen"

Eimsbüttel ist ein hochverdichteter Bezirk mit der höchsten Einwohnerdichte in Hamburg. Standorte für die ZEAs und Nachfolge-Einrichtungen zu finden, war höchst schwierig. Eimsbüttel verfügt kaum über größere, im Eigentum der FHH befindliche Flächen. Die von der Bezirksplanung vorgelegten Vorschläge hat der Senat in den meisten Fällen ignoriert und durch eigene Flächenfestsetzungen (SOG-Gesetz) ersetzt. Nach langanhaltender Kritik entschied sich der Senat endlich zu einem Sozialwohnungs-Bauprogramm für Flüchtlinge ("schnelles Bauen"), für das der Bundesgesetzgeber die baurechtlichen Voraussetzungen erlassen hatte (Änderung des Baugesetzes für Flüchtlingswohnungen):

- Bau von Standard-Sozialwohnungen ohne vorheriges Baurechtsverfahren (nachträgliche Beschlussfassung des Bebauungsplans durch den Stadtplanungsausschuss)
- Bindung für 30 Jahre (15-jährige Nutzung für Flüchtlinge und Verwaltung durch "fördern&wohnen", danach Übergabe in die Verfügung des Bauträgers für allgemeinen Sozialwohnungsbedarf)
- In Eimsbüttel wurden drei solcher Quartiere für das Programm "Perspektive Wohnen" festgelegt: **Ellerbeker Weg, Duvenacker** und **Hörgensweg**.
- Fertigstellung bis Ende des Jahres 2016.

Wie Bausenatorin Stapelfeldt feststellte, finden sich für dieses Programm genügend Investoren, was angesichts der ausgesprochen investorenfreundlichen Bedingungen auch kein Wunder sei, urteilte

das "Hamburger Abendblatt" am 4. Januar 2016. In diesem Zusammenhang ist größte Aufmerksamkeit darauf zu richten, dass die knappen öffentlichen Flächen nicht zum Spottpreis an Investoren verschербelt werden, um ihnen die Bautätigkeit "schmackhaft" zu machen. Hier folgt eine kurze Beschreibung der drei Quartiersflächen, von denen diejenige am Hörgensweg die wohl größte Herausforderung darstellt. Die im Folgenden genannten Informationen und Zahlen basieren auf einer Veröffentlichung des Bezirksamts Eimsbüttel vom 17. November 2015. Da noch kein Abgleich mit den Behördendaten vorgenommen werden konnte, sind die hier genannten Zahlen als vorläufig anzusehen.

Ellerbeker Weg:

Es handelt sich um die Flurstücke 8383 und 388 (6960). Hier plant der Senat den Bau von **45 Wohneinheiten für 225 Personen**. Diese Fläche liegt in Schnelsen und wird umrahmt auf der einen Seite von Kleingärten und auf der anderen Seite von kleinteiligem Wohnungsbau. 19.500 m² gehören der Freien und Hansestadt, 7.600 m² sind in privatem Eigentum. Die Typologie: Reihenhäuser. Das Baurecht ist durch den B-Plan Schnelsen 12 als Wohnungsbaufäche festgesetzt, es liegt eine Genehmigung der Unterkunft für Flüchtlinge und Asylbegehrende nach geltendem Planrecht in Verbindung mit § 246 Abs. 11 BauGB über Ausnahmen und Befreiungen nach § 31 BauGB vor. Für die Wohnbebauung ist deshalb kein Bebauungsplan erforderlich.

Derzeit laufen noch die Abstimmungen zwischen Bezirk, dem Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung (WSB) und anderen Fachbehörden. Städtebauliche Studien sollen erstellt werden. Eine Information und Beteiligung der Öffentlichkeit ist geplant.

Duvenacker

Es handelt sich um das Flurstück 6118. Es befindet sich als Randlage zur Autobahn A 23. Hier sollen **120 Wohneinheiten gebaut werden, für 600 Personen**. Die Fläche befindet sich in Eidelstedt, nördlich der Straße Niendorfer Gehege. Die Fläche hat eine Größe von 11.200 m² und ist im Eigentum der FHH. Geplant ist Geschosswohnungsbau, 3-geschossig. Das Baurecht ist durch BS Eidelstedt gesetzt und ist ein Außengebiet. Die baurechtliche Beurteilung erfolgt nach § 35 BauGB Abs. 4, Satz 1 zur Genehmigung der Unterkunft für Flüchtlinge und Asylbegehende. Für die Wohnbebauung ist ein Bebauungsplanverfahren notwendig.

Die Abstimmungen zwischen Bezirk, WSB und anderen Fachbehörden laufen. Städtebauliche Studien werden erstellt. Zurzeit ist die Fläche an einen Landwirt verpachtet. Eine Information und Beteiligung der Öffentlichkeit ist geplant. Ob die Fläche für 120 Wohneinheiten und zur Unterbringung von 600 Personen geeignet ist, bedarf einer genaueren Prüfung.

Die Fläche am Duvenacker ist ein Landschaftsschutzgebiet. Auf einer öffentlichen Veranstaltung am Dörpsweg wurde nach mehreren Nachfragen mitgeteilt, dass diese Verfügung zum schnellen Bauen aufgehoben werden solle. Die Fläche befindet sich direkt an der Autobahn A 23. Die Lärmschutzwand wird derzeit erneuert und um einen Meter erhöht. Der geplante Neubau ist dreigeschossig plus Staffelgeschoss geplant und würde somit um zwei Stockwerke die Schallschutzwand überragen (Aussage SAGA Dörpsweg). Dies ist aus gesundheitlichen Gründen (Lautstärke und Abgasbelastung)

nicht zu akzeptieren. Zudem haben die umliegenden Anwohner, die in Kleinbauten (Einzel- und Reihenhäuser etc.) leben, einen Bauablehnungsbescheid der Bauprüfabteilung erhalten, der den dort lebenden Anwohnern, die einen Nachverdichtungsantrag gestellt haben, eine Absage erteilt, mit der Begründung, dass das Wohnen in diesem Gebiet für die Gesundheit von Menschen unzumutbar sei. Eine Zustimmung zum Bauen in diesem Gebiet sollte von Seiten der LINKEN nur erfolgen, wenn die geforderten Punkte im Positionspapier erfüllt sind und ein **unabhängiges Lärmschutzgutachten** sowie ein **Gutachten über die Abgasbelastung** erstellt sind und nachgewiesen ist, dass Wohnen dort ohne Bedenken zulässig ist. Zudem sollte es möglich sein, dort nicht höher zu bauen als der Schallschutz gegeben ist. Forderungen könnten hier sein: a) 2-geschossig zu bauen oder b) wie am Ellerbeker Weg, passend zur Umgebung eine Bebauung nach der Typologie der Reihenhäuser zuzulassen. Beide Alternativen würden die geplante AnwohnerInnenzahl von 600 verringern. Diese könnten in kleineren Wohneinheiten an anderer Stelle im Bezirk untergebracht werden (Fläche Niendorf-Nord). Zudem muss die bisher vom Senat geplante Mietpreisbindung von 15 Jahren erhöht werden auf 30 Jahre oder ohne Auslauf!

Hörgensweg

Hier sind Dimensionen geplant, die eine gründliche Auseinandersetzung zum Thema "Gefahren der Ghettobildung" erforderlich machen: Geplant sind **500 Wohneinheiten für die Unterbringung von 3.000** Flüchtlingen. Weiter 500 Wohneinheiten sollen für den allgemeinen Bedarf an Sozialwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich um die Flurstücke 949, 955, 6539, 2631 und 6541. Die Größe der Fläche beträgt 78.371 m² und ist in privatem Eigentum. Der geltende Bebauungsplan (Eidelstedt 62) weist diese Fläche als Gewerbegebiet aus, so dass eine Anwendung von § 246 Absatz 10 BauGB erforderlich ist, um Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden zu ermöglichen. Ein Bebauungsplanverfahren für die Wohnbebauung ist deshalb erforderlich. Die Fläche liegt überwiegend brach, wobei der neue Eigentümer die Umwandlung in eine Wohnbaufläche anstrebt. Angesichts der besonderen Bedeutung dieses Projekts soll die städtebauliche Qualifizierung durch ein Workshopverfahren (umfassende und kleinteilige Bürgerbeteiligung) hergestellt werden. Die Abstimmungen zwischen Bezirk, BSW (Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen) und Eigentümer sind im Gange. Die Information und Beteiligung der Öffentlichkeitsarbeit ist geplant. Für die AnwohnerInnen am Hörgensweg und die Menschen aus der näheren Umgebung sind die Belastungen immens, Infrastruktur ist kaum vorhanden (nur am Eidelstedter Platz, eine AKN-Station entfernt). Dieses Gebiet hat spezifischen Defizite. Die bisherigen Angebote müssten deutlich ausgebaut und aufgestockt werden. Auch hier ist eine Belastung durch die Autobahn gegeben, eine Schallschutzwand ist nicht vorhanden und die Zusage von Bundesmitteln zur Finanzierung steht aus. Hier kann DIE LINKE solange keine Zustimmung signalisieren, bis ein **unabhängiges Lärmschutzgutachten** sowie eine **Abgasbelastungsprüfung** erstellt sind und nachgewiesen ist, dass Wohnen dort ohne Bedenken möglich ist. Die von Bezirksamtsleiter Dr. Sevecke (Aussage Dörpsweg) genannten 600 geplanten Wohneinheiten stellen eine große Belastung dar. Die Entfernung zum Duvenacker ist zudem gering. DIE LINKE sollte folgende Überlegungen beachten: 500 WE für den

allgemeinen Sozialen Wohnungsbau, mit Mietpreisbindung von 30 Jahren oder gar ohne Auslauf. Der Wohnungsbau sollte realisiert werden von SAGA statt von privaten Investoren, zum allgemein Wohl aller EidelstedterInnen, EimsbüttlerInnen und HamburgerInnen. Die geplante Flüchtlingsunterkunft sollte 250, maximal 300 WE an dieser Stelle betragen und Ausweichflächen (Niendorf, Harvestehude etc.) müssen dringend gefunden werden.

Die Haltung der Linken zum Bau von Großwohngebieten

In der Eimsbütteler Partei Die LINKE. bestehen schwere Vorbehalte gegen die vom Senat geplanten Großprojekte in unserem Bezirk. Insbesondere das Großprojekt am **Hörgensweg** steht im Zentrum der Diskussion. Die Kritikpunkte sind schnell genannt: zu hohe Wohnkonzentration, zusätzlich zur bereits bestehenden Siedlung am Hörgensweg, problematische Randlage, Angrenzung an die Autobahn A25 auf eine Länge von ca. einem Kilometer, Gefahr der sozialen und ethnischen Segregation mit der möglichen Folge von "Bandenbildungen", "Banlieue-Verhältnissen" und rechtsradikalen Übergriffen auf Leib und Leben der Bewohner.

Nach Auffassung der Linksfraktion erscheint die hier anvisierte Größenordnung von 500 Sozialwohnungen mit ca. 3.000 Flüchtlingen als gefährlich überdimensioniert. Wir halten den Bau von maximal 350 Wohnungen mit ca. 2.000 Flüchtlingen in diesem problematischen Umfeld als gerade noch vertretbar (sofern die soziale Infrastruktur den von uns definierten Anforderungen entspricht!). Eine ähnliche Auffassung vertritt auch der Eidelstedter Bürgerverein. Es muss demnach eine weitere, geeignete Fläche gesucht werden (evtl. in Niendorf), um ca. 150 Sozialwohnungen für ca. 1.000 Flüchtlinge zu bauen. Da Eidelstedt an letzter Stelle auf dem Eimsbütteler Sozialindex steht, ist für uns auch eine ausgewogenere Verteilung der Flächen auf die Eimsbütteler Stadtteile unverzichtbar. Die Ablehnung von Großsiedlungen und ihrer negativen Folgen ist in Hamburg keine neue Erfahrung. Noch 2006 stellte der damalige schwarz-grüne Senat fest, dass in Hamburg, zumeist in Großwohnsiedlungen von 8.000 bis 26.000 Anwohnern, 13 "soziale Brennpunkte" (u.a. Steilshoop, Mümmelmannsberg, Osdorfer Born, Sonnenland) entstanden seien, in denen Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Ausländerfeindlichkeit signifikant hohe Zahlen aufweisen. Bedeutet das, dass die Linksfraktion sich in der jetzigen Situation kategorisch gegen den Bau von Quartieren, speziell am Hörgensweg ausspricht?

Die Antwort ist nicht einfach. Einerseits besteht die **bisher beispiellose Aufgabe, Tausende von Menschen in kürzester Zeit vor Obdachlosigkeit zu schützen** und sie so schnell wie möglich aus den Containerunterkünften (ZEAs und Folgeeinrichtungen) herauszuholen. Wer diese Einrichtungen und die Lebensbedingungen der Menschen in diesen Unterkünften kennt, wird das als unabweisbar ansehen. Die von uns Linken schon seit langem geförderte Unterbringung der Flüchtlinge in den Eimsbütteler Stadtteilen ("Leverkusener Modell") kann aber **angesichts der großen Zahl nicht sofort und kurzfristig geschehen**, sondern bedarf einer "Zwischenstufe", die wir durch das "schnelle Bauen" für Flüchtlinge in neu geschaffenen Sozialwohnungs-Wohngebieten als möglich ansehen. Gleichwohl sind wir uns der Gefahren von Großwohnsiedlungen sehr wohl bewusst, vor allem, wenn die erforderliche soziale und kulturelle Infrastruktur fehlt oder unzureichend ist, wie in den Großwohnsiedlungen der sechziger und siebziger Jahre.

Aber durch den **Druck der sozialen Bewegungen**, dem **"Empowerment" der AnwohnerInnen** und der linken Opposition in Hamburg, konnten die sozialen Rahmenbedingungen in diesen "sozialen Brennpunkten" schrittweise verbessert und die Integration der in diesen Quartieren lebenden Menschen gefördert werden.

Ein gelungenes Beispiel dafür ist die Eimsbütteler Lenzsiedlung. Die **Lenzsiedlung** an der Julius-Vosseler-Str. ist mit ca. **3.000 Menschen aus 60 Nationen** seit vielen Jahren ein Beispiel dafür, dass es auch anders geht. Es wird sinnvoll sein, aus den **Erfahrungen der Lokstedter Lenzsiedlung zu lernen** und die hier gemachten Erfahrungen bei der Planung und Ausgestaltung der neuen Quartiere zu berücksichtigen.

Die Linksfraktion ist deshalb der Meinung, dass **weder ein voraussetzungsloses "Ja" noch ein folgenloses "Nein"** eine verantwortungsvolle Lösung darstellt. Die Einrichtung eines solchen Quartiers wie dem am Hörghensweg bedarf umfangreicher und ausreichend finanzierter sozialer Rahmenbedingungen, um negative Begleit- und Folgeerscheinungen zu vermeiden. Fehlen diese oder sind sie unzureichend, wird die Linksfraktion in Eimsbüttel einem Projekt wie dem Hörghensweg die **Zustimmung versagen**.

Die hier in Rede stehenden Flächen werden gemäß Senatsdrucksache und nach Maßgabe von § 246 Baugesetzbuch zunächst ausschließlich für Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig sollen durch B-Plan-Änderungen die rechtlichen Voraussetzungen für Wohnungsbau geschaffen werden. Im Endeffekt dient die Flüchtlingsunterbringung als "Türöffner" für den öffentlich geförderten Wohnungsbau in Hamburg, der, wie bekannt, über Jahre vernachlässigt wurde. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in einer Reihe von Fällen die Flächenauswahl schwierig und strittig ist. Wenn aber die Sozialbindung kürzer als 30 Jahre oder überhaupt nicht vorgesehen ist, werden die Investoren auch vor Ablauf der 15 Jahre versuchen, die ihnen auf einem silbernen Tablett servierten Flächen, an die sie sonst nicht herangekommen wären, für erhöhte Renditeerwartungen zu nutzen. Sie nutzen das Argument der "Durchmischung", was dann die möglichst rasche Ausmietung von Flüchtlingen zur Folge hat, um "normale" Mieteinnahmen zu erzielen. Das gilt besonders für Flächen, die sich in privatem Eigentum befinden.

Wichtig ist, darauf hinzuweisen, dass Flüchtlinge in diesen Sozialwohnungen nach wie vor in einer "Folgeeinrichtung" untergebracht sind. Sie bleiben verpflichtet, Mietwohnangebote der Fachdienststellen für Wohnungsnotfälle anzunehmen. Von "Integration" kann hier also noch keine Rede sein, bestenfalls um einen Schritt in diese Richtung. Das aber hat zur Folge, dass der Druck auf den Bau "normaler" Sozialwohnungen keineswegs abnimmt und die anvisierte Zahl von 2.000 Sozialwohnungen jährlich bei weitem nicht reicht. Anzustreben ist mindestens eine Verdreifachung. Ein weiteres Problem kommt hinzu, denn mit diesem Konzept schafft der Senat faktisch eine "Zweiklassengesellschaft" unter den Flüchtlingen, denn das "schnelle Bauen" soll nur für Flüchtlinge mit "bleibeberechtigtem" Status belegt werden. Das hat zur Folge, dass alle anderen aus den ZEAs und deren Folgeeinrichtungen nicht mehr herauskommen werden!

Bei diesem Konzept sind noch eine Reihe von Änderungen durchzusetzen, die jede Form von Diskriminierung ausschließen und tatsächliche Integrationsleistungen erfüllen.

Unserer Auffassung nach sollten alle Sozialwohnungen, die jetzt zusätzlich zum geförderten sozialen Wohnungsbau errichtet werden, komplett an städtische Wohnungsbaugesellschaften übergeben und nach dem Abebben der "Flüchtlingskrise" auch für andere Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen zur Verfügung stehen.

Auf die für uns unverzichtbaren sozialen Voraussetzungen und Begleitmaßnahmen wollen wir im Folgenden näher eingehen.

Auf die für uns unverzichtbaren sozialen Voraussetzungen und Begleitmaßnahmen wollen wir im deutlich hinweisen. Eine kleinteilige Unterbringung ist weiterhin notwendig, denn die jetzigen Planungen sind auf Dauer nicht ausreichend, um genügend Wohnraum für Schutz suchende Menschen bereitzustellen. Eine zukunftsorientierte Flüchtlingspolitik erfordert, alle Lebensbereiche zu beachten, einzubeziehen und eine ausreichende Finanzierung zur Verfügung zu stellen. Die jetzigen Planungen sind nicht ansatzweise ausreichend und führen zu einer Vertiefung der sozialen Spaltung in der Stadt aber auch im Bezirk Eimsbüttel. Der Stadtteil Eidelstedt muss für alle Menschen lebenswert sein! Dafür werden wir uns einsetzen!

Soziale und kulturelle Anforderungen an die neuen Quartiere

Wenn die neuen Quartiere eine vernünftige soziale, altersmäßige und ethnische "Durchmischung" bekommen sollen, müssen folgende Möglichkeiten geschaffen werden, die auf einem Hamburger Workshop zum Thema **"Stadt des Ankommens"** am 11.12.2015 erarbeitet wurden. In seinem Vortrag auf dieser Veranstaltung sprach der namhafte Stadtsoziologe **Walter Siebel** folgende Aufgaben an, die die drohenden Gefahren sozialer und ethnischer Segregation vermeiden können. Dabei verwies er auf die Tatsache, dass der Zuzug von "Fremden" für die Stadt Alltag sei, ja konstitutiv in deren Geschichte war. Die wichtigen Botschaften dieser Hamburger Tagung sind nach Siebel:

- die dringend nötige Förderung der Selbstorganisation von MigrantInnen und die Erweiterung ihrer Beteiligungsmöglichkeiten u.a. in den anstehenden Planungsverfahren;
- ein Jobprogramm in Unternehmen mit städtischer Beteiligung, das das Vergaberecht produktiv für gut bezahlte Jobs für Flüchtlinge anwendet;
- die notwendige Orientierung auf das dezentrale, gemischte Wohnen der Geflüchteten, ermöglicht durch die Beschlagnahme von Wohnungs- und Büroleerständen sowie Quotenregelungen bei allen Grundstücksvergaben und Neubauvorhaben;
- die Erkenntnis, dass alle bestehenden Wohnungsprogramme im Hinblick auf die akute Wohnungsnot von Einheimischen wie Zuziehenden überprüft und der »Drittmix« zugunsten von mehr sozialem Wohnungsneubau in allen Stadtteilen abgeändert werden müssen;
- die Überzeugung, dass Kontaktflächen und -chancen für alle Eingesessenen und Hinzuziehenden wichtig sind und helfen, Unsicherheiten zu überwinden

(Protokoll der Tagung „Stadt des Ankommens“ am 11.12.2015, HAW Hamburg)

Im Verlauf der Tagung wurden u.a. nachfolgende Forderungen diskutiert und weiterentwickelt, die auch für die Haltung der Eimsbütteler Linksfraktion grundlegend sind. Sie gehören in den **Zielkatalog der bezirklichen Entwicklungsplanung (BEP)** und sollten die Richtschnur der zu lösenden Aufgabenstellungen für die Quartiersentwicklung abgeben:

Zusammenleben im Gemeinwesen braucht

- ▣ Räume, die mietfrei sind, selbst gestaltet werden können, in denen man sich treffen kann;
- ▣ Gelegenheiten zum Kennenlernen, dem gemeinsamen Lernen insbesondere der Sprachen sowie der Entwicklung von Projekten des Zusammenlebens;
- ▣ Freiwillige ebenso wie qualifiziertes Personal der Stadtteilarbeit, der Psychologie und Beratung – sowohl aus den Reihen der Ankommenden wie der schon hier Wohnenden;
- ▣ offene Kinder- und Jugendarbeit für Bildung, Freizeit, Sport, Spiel und Erholung – stadtweit und zuvorderst im Umfeld der Erst- und Folgeunterkünfte.

Partizipation und Selbstorganisation

- ▣ Die Interessen, Potenziale und Ressourcen der ankommenden Menschen müssen gewürdigt, genutzt und honoriert werden.
- ▣ Gemeinschaftliche Selbstorganisation, die auch öffentlich in Erscheinung tritt, braucht politische Anerkennung sowie Unterstützung durch Raum und finanzielle Unterstützung.
- ▣ VertreterInnen der Geflüchteten sind bei allen Planungen einzubeziehen; dabei müssen für alle Seiten transparente Beteiligungsstrukturen entwickelt werden.
- ▣ Stadtteilbeteiligungsformen wie Beiräte und Initiativen sind in ihrem Engagement für die Entwicklung von Nachbarschaft und Zusammenleben anzuerkennen und finanziell zu unterstützen.
- ▣ Das Ziel ist eine inklusive Stadtgesellschaft, in der die Potenziale einer neuen Vielfalt zum Ausdruck kommen.

Arbeit und Bildung

- ▣ Von der frühkindlichen Bildung über Schulen bis zu Hochschulen und Weiterbildung müssen die realen Zugangsmöglichkeiten für neu angekommene Menschen erweitert werden. Dieses muss bereits bei der Erstaufnahme beginnen.
- ▣ Kostenfreie Sprachförderung auf allen Ebenen hat fundamentale Bedeutung. Die bestehenden Einrichtungen bedürfen der interkulturellen Öffnung. Dafür ist eine bedarfsgerechte personelle Ausstattung vonnöten.
- ▣ Schulen müssen alle Bildungsabschlüsse für geflüchtete Jugendliche ermöglichen. Eine Zulassung zum regulären Arbeitsmarkt soll gleich zu Beginn möglich sein. Notwendig ist ein städtisches Sofortprogramm zur Beschäftigungsförderung mit Bezahlung nicht unter dem Mindestlohn.
- ▣ Realisiert werden soll auch das schon erprobte Instrument »Wohnungen selber bauen – Chance für Ausbildung, Nachqualifizierung und Beschäftigung!« Dieses kann bei der Umsetzung des Wohnungsbauprogramms systematisch, zeitnah und wirkungsvoll eingesetzt und verbindlich für alle Investoren vereinbart werden.

Wohnen

- ▣ Vorrangig ist eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen in vorhandenen Stadtvierteln. Wo es neue Quartiere gibt, braucht es überwiegend sozialen Wohnungsbau – auch für Wohnungssuchende aus Hamburg – mit entsprechender Infrastruktur (Stadtteilzentren, Kita, Schule, soziale und gesundheitliche Einrichtungen, Sport, Läden, Gewerbe).
- ▣ Sofort muss zusätzlicher Wohnraum bereitgestellt werden, der geltende Qualitätsstandards nicht unterschreitet.
- ▣ Der §14a SOG muss konsequent angewendet werden, um leer stehende Gewerbeflächen und unbewohnte Wohnungen (u.a. der SAGA) zu nutzen.
- ▣ Die zügige Umsetzung von Bebauungsvorhaben darf nicht zur Aushöhlung von Beteiligungsrechten führen, Betroffene sind frühzeitig in die Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden.
- ▣ Öffentlicher Raum ist für alle wichtig und insbesondere für Menschen, die unzureichenden Wohnraum haben; dafür braucht es eine menschengerechte Stadtmöblierung und auch kostenfreie Nutzung von Toiletten und Waschmöglichkeiten.

(Protokoll der Tagung „Stadt des Ankommens“ am 11.12.2015, HAW Hamburg)

In der Bürgerschaftsanhörung zum "schnellen Bauen" von Flüchtlingswohnungen hat Prof. Michael

Rothschuh die Kernpunkte einer "gemeinwesenorientierten Sozialarbeit" genannt, die in allen Beteiligungsprozessen und in den demnächst stattfindenden Workshops der Bezirksentwicklungsplanung zu berücksichtigen sind.

Gemeinwesenorientierte Sozialarbeit

- ▣ beginnt mit dem Willen und Bedürfnissen der Migranten;
- ▣ respektiert die Menschen mit ihrer Geschichte, Kultur und ihren Werten;
- ▣ ist keine Betreuung von als defizitär angesehenen Klienten, sondern arbeitet mit den Menschen als vollwertigen Bürgerinnen und Bürgern;
- ▣ setzt sich mit der Ausgrenzung von Menschen, Bevölkerungsgruppen und Quartieren als politisch-gesellschaftlicher Prozess und als Lebenslage auseinander;
- ▣ setzt sich zum Ziel, durch aktive Teilhabe Inklusion zu ermöglichen;
- ▣ fördert handlungsmächtige, soziale Beziehungen derer, die sich den vorgegebenen Bedingungen und Prozessen ohnmächtig ausgesetzt erleben;
- ▣ entwickelt fördernde und nicht einengende Netze zwischen den Gruppen und mit der Zivilgesellschaft;
- ▣ ist nicht nur auf Veränderung von Verhalten, sondern auch Veränderung von Verhältnissen ausgerichtet.¹

¹ Prof. Michael Rothschuh, Beitrag auf der Anhörung der Bürgerschaft am 19. Januar 2016

Geforderte Maßnahmen der Linksfraktion für die zur Flüchtlingsunterbringung geplanten Quartiere (geschätzter Bedarf):

Ellerbeker Weg (45 WE, 225 Personen):

Maßnahmen/Forderungen	Anzahl Zielgruppe	Finanz.- Träger	Invest	Finanzbedarf in Euro p.a.
Kita/Kleinkinderbetreuung und -förderung				
Sprachförderung				
Berufsausbildung				
Arbeitsförderung				
Familienförderung				
Gesundheitsberatung				
Betreuung älterer Menschen				
Hobbies, musische und sportliche Angebote/Werkstätten				
Sportanlagen/Vereinsangebote				
Bürgerhaus/Stadtteilkultur				
Medizinzentrum/Polytechnische Klinik				
Verkehrsanbindung				
Fahrrad-Leihstationen				
Einkaufen/Versorgung des täglichen Bedarf				
Sozialräumliche Umgebung/Problematische Randlage				
Beratungsstelle gegen Salafismus				
Maßnahmen gegen das Wirken rechtsradikaler/rechtspopulistischer Gruppieren/Parteien				
24-Stunden-Präsenz Polizei				
Kleingewerbe				
Lärmschutz(-wand)				
Schwimmhalle				
			GESAMT:	GESAMT:

Duvenacker (120 WE, 600 Personen):

Maßnahmen/Forderungen	Anzahl Zielgruppe	Finanz.- Träger	Invest	Finanzbedarf in Euro p.a.
Kita/Kleinkinderbetreuung und - förderung				
Sprachförderung				
Berufsausbildung				
Arbeitsförderung				
Familienförderung				
Gesundheitsberatung				
Betreuung älterer Menschen				
Hobbies, musische und sportliche Angebote/Werkstätten				
Sportanlagen/Vereinsangebote				
Bürgerhaus/Stadtteilkultur				
Medizinzentrum/Polytechnische Klinik				
Verkehrsanbindung				
Fahrrad-Leihstationen				
Einkaufen/Versorgung des täglichen Bedarf				
Sozialräumliche Umgebung/Problematische Randlage				
Beratungsstelle gegen Salafismus				
Maßnahmen gegen das Wirken rechtsradikaler/rechtspopulistischer Gruppieren/Parteien				
24-Stunden-Präsenz Polizei				
Kleingewerbe				
Lärmschutz(-wand)				
Schwimmhalle				
			GESAMT:	GESAMT:

Hörgensweg (500 WE, 3.000 Personen):

Maßnahmen/Forderungen	Anzahl Zielgruppe	Finanz.- Träger	Invest	Finanzbedarf in Euro p.a.
Kita/Kleinkinderbetreuung und -förderung				
Sprachförderung				
Berufsausbildung				
Arbeitsförderung				
Familienförderung				
Gesundheitsberatung				
Betreuung älterer Menschen				
Hobbies, musische und sportliche Angebote/Werkstätten				
Sportanlagen/Vereinsangebote				
Bürgerhaus/Stadtteilkultur				
Medizinzentrum/Polytechnische Klinik				
Verkehrsanbindung				
Fahrrad-Leihstationen				
Einkaufen/Versorgung des täglichen Bedarf				
Sozialräumliche Umgebung / Problematische Randlage				
Beratungsstelle gegen Salafismus				
Maßnahmen gegen das Wirken rechtsradikaler/rechtspopulistischer Gruppieren/Parteien				
24-Stunden-Präsenz Polizei				
Kleingewerbe				
Lärmschutz(-wand)				
Schwimmhalle				
			GESAMT:	GESAMT:

SUMME DER DREI QUARTIERE (Invest und p.a.)			SUMME:	SUMME:
---	--	--	---------------	---------------